

## **A n t w o r t**

**des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur**

**auf die Große Anfrage der Fraktion der AfD**  
**– Drucksache 17/6758 –**

### **Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz**

Die **Große Anfrage 17/6758** vom 11. Juli 2018 hat folgenden Wortlaut:

Nach den Grauen des nationalsozialistischen Dritten Reiches kehrten im unmittelbaren Gefolge des Kriegsendes nur wenige Juden nach Deutschland zurück. Die heutigen jüdischen Gemeinden bestehen im Wesentlichen aus den sogenannten „Kontingentflüchtlingen“, die seit 1991 aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland zugewandert sind. Allein zwischen 1991 und 2004 handelte es sich hierbei nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes um insgesamt 219 604 Personen. Seit dem Jahr 2000 ist diese Migrationsbewegung, mit der eine Vitalisierung jüdischen Lebens in ganz Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz einherging, allerdings tendenziell rückläufig.

So stellt sich für die hiesige Politik neben der Thematik der Aufarbeitung der NS-Verbrechen insbesondere an den Juden sowie der Bekämpfung der aktuellen Formen des Antisemitismus die Frage, inwieweit jüdisches Leben in Deutschland heute und in Zukunft möglich ist und sich weiterentwickeln kann. Die Dringlichkeit der letzteren Überlegung wurde an die AfD unter anderem im Zuge von persönlichen Gesprächen mit Vertretern der jüdischen Gemeinde der Rheinpfalz herangetragen.

Nur das Interesse für jüdisches Leben, jüdische Kultur, Religion und Geschichte kann zu einem gesellschaftlichen Selbstverständnis führen, in dem die jüdische Religion und Kultur als Teil der eigenen Herkunft und Geschichte verstanden wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

#### **A. Anzahl jüdischer Bürger und Größe der Gemeinden in Rheinland-Pfalz**

In Rheinland-Pfalz gibt es fünf jüdische Kultusgemeinden: Bad Kreuznach, Koblenz, Mainz, Rheinpfalz und Trier; diese umfassten im Jahr 2008 etwa 3 300 Gemeindemitglieder.

1. Wie viele jüdische Bürger leben nach Kenntnis der Landesregierung aktuell in Rheinland-Pfalz und wie hat sich die Anzahl der Gemeindemitglieder entwickelt (bitte die Angaben für den Zeitraum vom Jahr 2000 bis zur Gegenwart aufliedern)?
2. Hat sich die Zahl registrierter Gemeinden jüdischer Bürger seit dem Jahr 2000 positiv entwickelt? In welchen Städten oder Gemeinden von Rheinland-Pfalz gibt es zurzeit solche Gemeinden jüdischer Bürger?
3. Hat die Landesregierung Kenntnis über den demografischen Wandel in den jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz?
4. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über die Altersarmut von Mitgliedern jüdischer Gemeinden im Rentenalter vor?
5. In welchem prozentualen Verhältnis stehen in den existierenden Gemeinden alteingesessene jüdische Deutsche und nach 1991 zugewanderte sogenannte jüdische Kontingentflüchtlinge? Wie hat sich dieses Verhältnis zwischen 1991 und 2017 in absoluten Zahlen verändert?
6. Welche speziellen Eingliederungs- und Integrationsprogramme für jüdische Zuwanderer aus dem Ausland gibt es in Rheinland-Pfalz?

#### **B. Ausstattung jüdischer Gemeinden in Rheinland-Pfalz**

Laut wikipedia.org gibt es in Rheinland-Pfalz sieben neu- oder wiedererrichtete Synagogen, die zu religiösen Zwecken genutzt werden. Diese befinden sich in Trier, Koblenz, Bad Kreuznach, Mainz, Mainz-Weisenau, Speyer und Worms.

7. Bestehen nach Kenntnis der Landesregierung Planungen für die Errichtung weiterer Synagogen in Rheinland-Pfalz?
8. Ist der Fortbestand der bestehenden Synagogen in Rheinland-Pfalz gesichert?
9. Fördert die Landesregierung den Neubau oder den Erhalt von Synagogen und wenn ja, in welchem Umfang?
10. Welche Räumlichkeiten stehen den Gemeinden ohne Synagoge für religiöse Zwecke zur Verfügung und sind diese nach Ansicht der Landesregierung ausreichend für die Anzahl der Gemeindeglieder?
11. Fördert die Landesregierung den Neubau oder Erhalt solcher Räumlichkeiten?
12. Hat die Landesregierung Kenntnisse darüber, in welchem Umfang Synagogen und andere jüdische Räumlichkeiten in den Jahren 2015 bis 2017 das Ziel antisemitischer Übergriffe geworden sind?
13. Werden die Synagogen und Räumlichkeiten jüdischer Gemeinden kontinuierlich oder zumindest gelegentlich vor antisemitischen Übergriffen geschützt?
14. Liegen der Landesregierung Informationen über die Anzahl jüdischer Theologen in Rheinland-Pfalz vor? Wie viele Rabbiner wohnen und leben gegenwärtig in Rheinland-Pfalz bzw. sind hier tätig; und für welche Gemeinden arbeiten sie?
15. Gibt es Pläne der Landesregierung, die Ausbildung jüdischer Theologen zu fördern?

#### **C. Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der jüdischen Kultusgemeinde von Rheinland-Pfalz**

Seit 1999 besteht ein Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der jüdischen Kultusgemeinde von Rheinland-Pfalz. Auf dieser Grundlage fördert das Land die Gemeinden mittlerweile mit 550 000 Euro pro Jahr. Im Staatsvertrag wurden unter anderem explizite Regelungen zu den jüdischen Feiertagen, zum Recht Jüdischer Kultusgemeinden auf Errichtung und Betreibung von Kindertagesstätten und Schulen, zum jüdischen Religionsunterricht, zur jüdisch-theologischen Hochschulausbildung, zur Betreibung jüdischer Friedhöfe sowie zur Denkmalpflege und zum Vermögensschutz aufgenommen. Die zur Verfügung gestellten Mittel helfen den Gemeinden, die laufenden Kosten religiöser, sozialer, kultureller Bedürfnisse und für die Gemeindeverwaltung sowie die Verwaltungskosten des Landesverbandes teilweise zu decken. Ohne die Mittel aus zumeist von Überlebenden des Holocaust oder deren Nachkommen gegründeten jüdischen Stiftungen könnten die Gemeinden ihre Ausgaben indes nicht vollständig begleichen.

16. Gibt es Kindertagesstätten und Schulen in jüdischer Trägerschaft in Rheinland-Pfalz, die vom Staatsvertrag mit gefördert werden? Hält die Landesregierung deren Zahl für ausreichend? Welche Anstrengungen sind ggf. in Planung, um deren Ausstattung und Zahl zu verbessern und zu vergrößern?
17. Welche und wie viele Schulen oder Einrichtungen bieten jüdischen Religionsunterricht an? Wie viele Lehrkräfte sind hierfür in Rheinland-Pfalz im Einsatz?
18. Welche jüdisch-theologischen Ausbildungseinrichtungen bestehen zurzeit in Rheinland-Pfalz? Hält die Landesregierung deren Zahl für ausreichend?
19. Welche sozialen Wohlfahrtseinrichtungen jüdischer Gemeinden gibt es in Rheinland-Pfalz? Unterstützt die Landesregierung diese Wohlfahrtseinrichtungen?
20. Wie viele fortbestehende und geschlossene jüdische Friedhöfe gibt es in Rheinland-Pfalz, und wie und in welchem Umfang beteiligt sich das Land an deren Schutz und Erhaltung?
21. Wie viele den Denkmalschutzbehörden bekannte Denkmäler mit ausdrücklichen Bezügen zu jüdischen Deutschen (Kulturschaffende, Wirtschaftsvertreter, Soldaten u. a.) sowie zu Juden allgemein gibt es in Rheinland-Pfalz und wie und in welchem Umfang trägt das Land zu deren Pflege bei?
22. Kann die gesamte finanzielle staatliche Förderung der jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz mit den diesbezüglichen Aufwendungen anderer Bundesländer mithalten (bitte hier die Gesamtausgaben sowie die Aufwendungen pro Gemeindeglied im Vergleich der Bundesländer auflisten)?

#### **D. Pflege der jüdischen Kultur in Rheinland-Pfalz**

Jüdische Kultur- und Filmfestivals tragen wesentlich zur Information über das jüdische Leben in Deutschland im Allgemeinen und Rheinland-Pfalz im Besonderen bei.

23. Wie viele speziell jüdische Kulturfestivals oder vergleichbare Veranstaltungen haben in den letzten zehn Jahren in Rheinland-Pfalz stattgefunden und an welchen Orten? Hat sich die Landesregierung über die Zahlungen im Staatsvertrag hinaus finanziell an diesen Veranstaltungen beteiligt?

24. Hat die Landesregierung den Kontakt mit den Trägern solcher Veranstaltungen gesucht?
25. Welche darüber hinausgehenden Kultur- und Bildungsveranstaltungen jüdischer Gemeinden oder anderer jüdisch-deutscher Initiativen sind der Landesregierung bekannt?
26. Sind im Rahmen der Schulpflicht und bestehender Lehrpläne Besuche von Synagogen und jüdischen Kulturveranstaltungen feste Unterrichtsbestandteile? Wie sehen diese Vorgaben gegebenenfalls im Einzelnen aus?
27. Wie genau wurde im Rahmen des diesjährigen Rheinland-Pfalz-Tages in Worms vom 1. bis 3. Juni an das in dieser SchUM-Stadt besonders reichhaltige jüdische Erbe erinnert (bitte hier auch die Sichtbarmachung im Rahmen des Festumzuges am 3. Juni berücksichtigen)?
28. Gibt es seitens der Landesregierung Pläne oder Aktivitäten, jüdische Alltags- und Musikkultur, etwa die Verbreitung der Klezmer-Musik, zu fördern?

#### E. Vermittlung von Kenntnissen über und Beziehungen mit dem Staat Israel

Im Staat Israel leben bis heute auch jüdische Bürger deutscher Abstammung. Viele von ihnen sind Nachkommen von Holocaust-Opfern oder -Überlebenden. Als einziger Demokratie des Nahen Ostens und aus historischen Gründen ist daher die Pflege israelisch-deutscher Beziehungen besonders wichtig.

29. Welche Einrichtungen des Staates Israel existieren in Rheinland-Pfalz?
30. Gibt es einen organisierten regelmäßigen Schüleraustausch zwischen israelischen und rheinland-pfälzischen Schulen?
31. Gibt es speziellen rheinland-pfälzisch/israelischen Kulturaustausch und fördert die Landesregierung diesen?
32. Welche rheinland-pfälzischen Austauschprogramme mit Israel bestehen allgemein? In welchem Umfang werden sie durchgeführt?
33. Wie viele Städte- oder Gemeindeparterschaften mit Kommunen auf dem Gebiet Israels gibt es in Rheinland-Pfalz und welche sind das konkret?
34. In welcher Form unterhält die Landesregierung Beziehungen zum Staat Israel?
35. In welchem Umfang und auf welche Weise informiert die Landesregierung – über Austauschprogramme hinaus – die Bürger des Landes über den Staat Israel, seine Bewohner und sein politisches System?
36. Welche Mitglieder oder Vertreter der Landesregierung haben an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel teilgenommen (bitte Orte und Daten der Jubiläumsveranstaltungen nennen sowie die Namen etwaiger offizieller rheinland-pfälzischer Repräsentanten)?
37. Hält die Landesregierung die von israelischer Seite stark kritisierte, 2015 von der EU-Kommission in Brüssel erlassene Kennzeichnungspflicht für sogenannte Siedlerprodukte (Obst, Gemüse und Kosmetika aus jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten) für sinnvoll? Wenn ja, warum? Wird diese Kennzeichnungspflicht in Rheinland-Pfalz umgesetzt und kontrolliert?
38. Gibt es Initiativen oder Förderprogramme der Landesregierung, welche ausdrücklich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel oder die Gründung von Joint-Ventures mit israelischen Unternehmen unterstützen?

Das **Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 22. August 2018 – wie folgt beantwortet:

1. *Wie viele jüdische Bürger leben nach Kenntnis der Landesregierung aktuell in Rheinland-Pfalz und wie hat sich die Anzahl der Gemeindeglieder entwickelt (bitte die Angaben für den Zeitraum vom Jahr 2000 bis zur Gegenwart auflisten)?*

Die Landesregierung kann nur Angaben zur Mitgliederentwicklung in den jüdischen Kultusgemeinden des Landes Rheinland-Pfalz machen, soweit diese dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz angehören. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Rheinland-Pfalz weitere Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens leben, die in keiner jüdischen Kultusgemeinde organisiert sind. Die Mitgliederentwicklung des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Erfassungsdatum	Mitgliederzahl	Erfassungsdatum	Mitgliederzahl
30.09.2000	1 905	30.06.2009	3 295
31.12.2000	2 044	30.06.2010	3 275
30.06.2001	2 226	30.06.2011	3 303
30.06.2002	2 516	30.06.2012	3 322
30.06.2003	2 771	30.06.2013	3 295
30.06.2004	3 002	30.06.2014	3 248
30.06.2005	3 159	30.06.2015	3 210
30.06.2006	3 204	30.06.2016	3 165
30.06.2007	3 252	30.06.2017	3 130
30.03.2008	3 280	30.06.2018	3 111

(Quelle: Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz.)

2. *Hat sich die Zahl registrierter Gemeinden jüdischer Bürger seit dem Jahr 2000 positiv entwickelt? In welchen Städten oder Gemeinden von Rheinland-Pfalz gibt es zurzeit solche Gemeinden jüdischer Bürger?*

Die Anzahl der dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz angehörenden Kultusgemeinden ist seit dem Jahr 2000 unverändert geblieben. Im Einzelnen sind dies die jüdischen Kultusgemeinden Bad Kreuznach, Koblenz, Mainz, der Rheinpfalz und Trier. Die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz mit Sitz in Speyer unterhält neben der dortigen Synagoge jüdische Gemeindehäuser in Kaiserslautern und Ludwigshafen für ihre dort lebenden Mitglieder. Inzwischen hat sich eine liberale jüdische Gemeinde in Neuwied gegründet, die nicht dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz angehört.

3. *Hat die Landesregierung Kenntnis über den demografischen Wandel in den jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz?*

Der Landesregierung liegen keine Informationen zum demografischen Wandel in den jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz vor.

4. *Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über die Altersarmut von Mitgliedern jüdischer Gemeinden im Rentenalter vor?*

Der Landesregierung liegen keine spezifischen Angaben über Altersarmut von Mitgliedern jüdischer Gemeinden in Rheinland-Pfalz vor.

5. *In welchem prozentualen Verhältnis stehen in den existierenden Gemeinden alteingesessene jüdische Deutsche und nach 1991 zugewanderte sogenannte jüdische Kontingentflüchtlinge? Wie hat sich dieses Verhältnis zwischen 1991 und 2017 in absoluten Zahlen verändert?*

Der Landesregierung liegen keine Informationen im Sinne der Fragestellung vor.

6. *Welche speziellen Eingliederungs- und Integrationsprogramme für jüdische Zuwanderer aus dem Ausland gibt es in Rheinland-Pfalz?*

In Rheinland-Pfalz gibt es keine Programme im Sinne der Fragestellung. In den jüdischen Gemeinden gibt es Beratungsmöglichkeiten sowie Sprachkurse.

7. *Bestehen nach Kenntnis der Landesregierung Planungen für die Errichtung weiterer Synagogen in Rheinland-Pfalz?*

Die jüdische Kultusgemeinde Koblenz beabsichtigt den Neubau einer Synagoge. Bekannt sind der Landesregierung auch Pläne in Kaiserslautern.

8. *Ist der Fortbestand der bestehenden Synagogen in Rheinland-Pfalz gesichert?*

Der Landesregierung liegen keine gegenteiligen Informationen vor. Der Beauftragte für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen hat sich zur Aufgabe gesetzt, das jüdische Leben und damit verbunden auch die Synagogen zu unterstützen.

9. *Fördert die Landesregierung den Neubau oder den Erhalt von Synagogen und wenn ja, in welchem Umfang?*

Die Landesregierung fördert den Neubau von Synagogen und jüdischen Gemeindezentren bis zu einem Drittel der förderungsfähigen Baukosten. Die Landesregierung hat für die Neubauten der Synagogen in den SchUM-Städten Mainz und Speyer eine finanzielle Beteiligung des Landes im Umfang von bis zu 45 v. H. der förderungsfähigen Baukosten bewilligt, weil die Anerkennung der SchUM-Städte als Weltkulturerbe angestrebt wird.

Ein Antrag auf Zuschussgewährung zum Erhalt, d. h. für die Sanierung einer bestehenden Synagoge, ist dem Land bisher von keiner jüdischen Gemeinde vorgelegt worden.

Im Rahmen der Denkmalpflege werden darüber hinaus Mittel bereitgestellt, die in Anlage 1 aufgeführt sind.

10. *Welche Räumlichkeiten stehen den Gemeinden ohne Synagoge für religiöse Zwecke zur Verfügung und sind diese nach Ansicht der Landesregierung ausreichend für die Anzahl der Gemeindeglieder?*

Die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz mit Sitz in Speyer unterhält neben der dortigen Synagoge für ihre Mitglieder in Kaiserslautern und Ludwigshafen zusätzliche Gemeindehäuser. Die jüdische Kultusgemeinde Koblenz nutzt zurzeit einen Teil der alten Trauerhalle, die seit 1952 als Betsaal genutzt wurde, für ihre Gottesdienste. Die Landesregierung hat keine Kenntnis über weitere Räumlichkeiten, die für religiöse Zwecke genutzt werden. Die Landesregierung geht davon aus, dass die vorhandenen Synagogen und Gemeindehäuser für die religiöse Betreuung der Gemeindeglieder zurzeit noch ausreichend sind.

11. *Fördert die Landesregierung den Neubau oder Erhalt solcher Räumlichkeiten?*

Die Landesregierung hat den Neubau oder den Erhalt von zusätzlichen Räumlichkeiten bisher nicht gefördert, weil die jüdischen Kultusgemeinden keine Anträge auf Gewährung von Zuschüssen gestellt haben. Im Übrigen verweist die Landesregierung auch an dieser Stelle auf die in Anlage 1 aufgeführten Mittel im Rahmen der Denkmalpflege.

12. *Hat die Landesregierung Kenntnisse darüber, in welchem Umfang Synagogen und andere jüdische Räumlichkeiten in den Jahren 2015 bis 2017 das Ziel antisemitischer Übergriffe geworden sind?*

Die nachfolgend dargestellten Fallzahlen und Sachverhalte basieren auf der Grundlage des kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität. Insgesamt hat die Polizei in Rheinland-Pfalz im Abfragezeitraum 2015 bis 2017 drei Sachverhalte erfasst, die unter die Fragestellung subsumiert werden können.

In 2015 sind dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz keine vergleichbaren Fälle gemeldet worden.

In 2016 wurden zwei Fälle bekannt:

- Sachbeschädigung am ehemaligen jüdischen Friedhof in Niederzissen.
- Sachbeschädigung und Volksverhetzung an der ehemaligen Synagoge in Sprendlingen.

In 2017 wurde ein Fall bekannt:

- Sachbeschädigung und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am Gebäude der jüdischen Kultusgemeinde in Kaiserslautern.

13. *Werden die Synagogen und Räumlichkeiten jüdischer Gemeinden kontinuierlich oder zumindest gelegentlich vor antisemitischen Übergriffen geschützt?*

Polizeiliche Schutzmaßnahmen an Objekten und damit auch an Synagogen und anderen Räumlichkeiten jüdischer Gemeinden richten sich nach der jeweiligen Gefährdung und den tatsächlichen Schutzerfordernissen vor Ort. Mit Stand vom 18. Juli 2018 unterliegen einzelne jüdische Einrichtungen in Rheinland-Pfalz kontinuierlich polizeilichen Schutzmaßnahmen. Diese richten sich nach den Vorgaben der Polizeidienstvorschrift 129 „Personen- und Objektschutz“.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz wertet die Sicherheitslage im Hinblick auf die Gefährdung jüdischer Interessen und Einrichtungen fortlaufend aus, bewertet sie und regt gegenüber dem Ministerium des Innern und für Sport erforderliche Änderungen der Gefährdungseinstufungen und Schutzmaßnahmen für einzelne Objekte an. Die Anordnung, welche Gefährdungseinstufung erfolgt und welche Schutzmaßnahmen durch die Polizeipräsidien ergriffen werden, erfolgt durch das Ministerium.

Unabhängig hiervon treffen die Polizeipräsidien in einzelnen Fällen anlassbezogen und für ihren Zuständigkeitsbereich temporäre Schutzmaßnahmen.

14. *Liegen der Landesregierung Informationen über die Anzahl jüdischer Theologen in Rheinland-Pfalz vor? Wie viele Rabbiner wohnen und leben gegenwärtig in Rheinland-Pfalz bzw. sind hier tätig; für welche Gemeinden arbeiten sie?*

Die Landesregierung liegen keine Daten im Sinne der Fragestellung vor. Bekannt ist der Landesregierung insbesondere der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Mainz.

15. *Gibt es Pläne der Landesregierung, die Ausbildung jüdischer Theologen zu fördern?*

Die Landesregierung hat derzeit keine Pläne im Sinne der Fragestellung.

16. *Gibt es Kindertagesstätten und Schulen in jüdischer Trägerschaft in Rheinland-Pfalz, die vom Staatsvertrag mit gefördert werden? Hält die Landesregierung deren Zahl für ausreichend? Welche Anstrengungen sind ggf. in Planung, um deren Ausstattung und Zahl zu verbessern und zu vergrößern?*

Nach Kenntnis der Landesregierung gibt es in Rheinland-Pfalz zurzeit keine Kindertagesstätte in jüdischer Trägerschaft.

Im Land Rheinland-Pfalz bestehen keine dem Privatschulrecht unterfallenden Schulen in jüdischer Trägerschaft. Die Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft erfolgt nicht aufgrund von „Anstrengungen des Landes“, sondern infolge des Gründungsinteresses privater Schulträger. Sofern eine oder mehrere jüdische Privatschule(n) gegründet werden sollte(n), könnte dies aufgrund der Privatschulfreiheit aus Artikel 7 Abs. 4 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) erfolgen, sofern die Bedingungen des Privatschulgesetzes erfüllt wären.

17. *Welche und wie viele Schulen oder Einrichtungen bieten jüdischen Religionsunterricht an? Wie viele Lehrkräfte sind hierfür in Rheinland-Pfalz im Einsatz?*

In Artikel 5 des Vertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz vom 26. April 2012 (GVBl. S.157; BS Anhang I 153) ist festgelegt, dass jüdischer Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist. Er kann in Räumen abgehalten werden, die vom Jüdischen Landesverband oder den jüdischen Kultusgemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Zurzeit wird ausschließlich von der letztgenannten Möglichkeit Gebrauch gemacht, und zwar schulart- und jahrgangübergreifend. Die Lehrkräfte werden von den jüdischen Kultusgemeinden gestellt.

Die am jüdischen Religionsunterricht teilnehmenden Schülerinnen und Schüler können nach § 40 Abs. 4 Satz 2 Übergreifende Schulordnung (ÜSchO) bzw. der entsprechenden Vorschrift der Grundschulordnung vom Besuch des Ethikunterrichts befreit werden.

18. *Welche jüdisch-theologischen Ausbildungseinrichtungen bestehen zurzeit in Rheinland-Pfalz? Hält die Landesregierung deren Zahl für ausreichend?*

Nach Kenntnis der Landesregierung bestehen zurzeit keine Ausbildungseinrichtungen im Sinne der Fragestellung.

19. *Welche sozialen Wohlfahrtseinrichtungen jüdischer Gemeinden gibt es in Rheinland-Pfalz? Unterstützt die Landesregierung diese Wohlfahrtseinrichtungen?*

Der Landesregierung sind keine sozialen Wohlfahrtseinrichtungen jüdischer Gemeinden bekannt. Bekannt ist der Landesregierung die Freizeit- und Bildungsstätte „Max-Willner-Heim“, die zentrale Bildungs- und Freizeitstätte der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. in Bad Sobernheim.

20. *Wie viele fortbestehende und geschlossene jüdische Friedhöfe gibt es in Rheinland-Pfalz; wie und in welchem Umfang beteiligt sich das Land an deren Schutz und Erhaltung?*

In Rheinland-Pfalz werden gegenwärtig 315 verwaiste jüdische Friedhöfe von der öffentlichen Hand gepflegt. Aufgrund des zwischen dem Bund und den Ländern sowie den Vertretern des Zentralrates der Juden in Deutschland am 21. Juni 1957 geschlossenen Übereinkommens tragen der Bund und die Länder die Kosten zur Instandsetzung und Pflege der verwaisten Friedhöfe je zur Hälfte. In Rheinland-Pfalz sind je Quadratmeter Friedhofsfläche und Jahr 1,20 Euro als Pflegepauschale vorgesehen. Bei einer derzeitigen Friedhofsfläche von 552 090 qm ergibt sich ein Betrag von rund 662 500,00 Euro, der vom Land Rheinland-Pfalz zur Hälfte aufzubringen ist.

Für die Anzahl der fortbestehenden jüdischen Friedhöfe in Rheinland-Pfalz liegt der Landesregierung keine statistische Erhebung vor.

21. *Wie viele den Denkmalschutzbehörden bekannte Denkmäler mit ausdrücklichen Bezügen zu jüdischen Deutschen (Kulturschaffende, Wirtschaftsvertreter, Soldaten u. a.) sowie zu Juden allgemein gibt es in Rheinland-Pfalz und wie und in welchem Umfang trägt das Land zu deren Pflege bei?*

Die Landesregierung führt keine eigene Statistik über vorhandene, konkret auf jüdische Deutsche bezogene Kulturdenkmäler. Diese Informationen lassen sich auch nicht auf der Basis der Denkmaldatenbank ermitteln.

Zahlenmäßig zu ermitteln sind die Denkmalgattung „Jüdischer Friedhof“ mit den Inschriften personenbezogener Grabmäler sowie die ehemaligen Synagogen. In der Denkmalliste des Landes sind 254 jüdische Friedhöfe und 76 Synagogen erfasst.

Darüber hinaus erweist sich etwa bei zahlreichen geschützten Gebäuden (z. B. städtische Bürgerhäuser) der historische Zeugniswert, verbunden mit dem jüdischen Bauherrn oder Bewohner, für die Geschichte der jüdischen Gemeinden als denkmalbegründend.

Die Förderprojekte sind der als Anlage 1 beigefügten Tabelle zu entnehmen.

22. *Kann die gesamte finanzielle staatliche Förderung der jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz mit den diesbezüglichen Aufwendungen anderer Bundesländer mithalten (bitte hier die Gesamtausgaben sowie die Aufwendungen pro Gemeindemitglied im Vergleich der Bundesländer auflisten)?*

Die Landesregierung kann eine Antwort im Sinne der Fragestellung nicht geben, weil eine Statistik über die jährlichen Gesamtausgaben der Länder an die jüdische Glaubensgemeinschaft nicht vorhanden ist.

Die Antwort der Landesregierung vom 20. Oktober 2017 zur Kleinen Anfrage (Drucksache 17/4440 zu Drucksache 17/4262) enthält als Anlage einen Ländervergleich zu den Staatsleistungen der Länder und den Pro-Kopf-Beträgen im Haushaltsjahr 2015.

Der ausschließliche Vergleich der Landesleistungen an die jüdische Glaubensgemeinschaft in den Ländern ist nicht aussagekräftig. In einigen Ländern beinhaltet die Landesleistung auch Zuwendungen für Baumaßnahmen und Zahlungen für verwaiste jüdische Friedhöfe. In Rheinland-Pfalz werden hingegen neben der Landesleistung zusätzlich Zuschüsse für Synagogenbaumaßnahmen, den Erwerb von Erweiterungsflächen für jüdische Friedhöfe und Zuschüsse für verwaiste jüdische Friedhöfe gezahlt.



Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz und seine ihm angehörenden jüdischen Kultusgemeinden erhalten gemäß Artikel 11 des Vertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz vom 26. April 2012 (a. a. O.) eine jährliche Landesleistung, die entsprechend der Veränderung der Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten angepasst wird. Die Landesleistung im Jahr 2018 beträgt 611 779,00 Euro.

Zusätzlich wird für die Instandsetzung und Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe in Rheinland-Pfalz ein Zuschuss von insgesamt jährlich rund 662 500,00 Euro gezahlt, von dem Rheinland-Pfalz die Hälfte aufzubringen hat. Das Nähere ist der Antwort zu Frage 20 zu entnehmen.

Das Land hat darüber hinaus für den Neubau von Synagogen seit 2003 folgende Zuschüsse für Projektförderungen an die jüdischen Kultusgemeinden gewährt:

Bad Kreuznach	144 000,00 Euro,
Mainz	5 000 000,00 Euro,
Speyer	1 565 000,00 Euro.

Außerdem hat das Land im Jahr 2010 dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz einen Zuschuss zu seinen Umzugskosten in die Synagoge Mainz in Höhe von 5 000,00 Euro gewährt und im Jahr 2013 der jüdischen Kultusgemeinde Mainz den Ankauf einer Erweiterungsfläche für den Jüdischen Friedhof Mainz in Höhe von 210 000,00 Euro finanziert.

23. *Wie viele speziell jüdische Kulturfestivals oder vergleichbare Veranstaltungen haben in den letzten zehn Jahren in Rheinland-Pfalz stattgefunden und an welchen Orten? Hat sich die Landesregierung über die Zahlungen im Staatsvertrag hinaus finanziell an diesen Veranstaltungen beteiligt?*

24. *Hat die Landesregierung den Kontakt mit den Trägern solcher Veranstaltungen gesucht?*

Das Land verfolgt mit Interesse die vielfältigen jüdischen Kulturveranstaltungen in Rheinland-Pfalz. In der Vergangenheit hat es einzelne Veranstaltungen mit Bezug zur jüdischen Kultur gefördert. Die Förderung erfolgte durch die Stiftung „Kultursommer Rheinland-Pfalz“. Die geförderten Veranstalter kamen jeweils auf den Kultursommer Rheinland-Pfalz zu und baten um eine finanzielle Unterstützung.

Die geförderten Veranstaltungen sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

Jahr	Veranstalter	Projekttitel	Bewilligt
2011	OpenKlezmerScales e. V.	KlezWest Klezmer in der Eifel	3 000,00 Euro
2012	Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz	Facetten des Judentums – Jüdisches Kulturfestival	21 000,00 Euro
2013	Johannes Gutenberg-Universität Mainz	Klezmer in Klein-Jerusalem am Rhein – ein Musik-Fest für die SchUM-Städte	3 000,00 Euro
2013	Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz	Hip im Exil - Facetten des Judentums II	20 000,00 Euro
2015	Hochschule für Musik Mainz	Klezmer in Klein – Jerusalem am Rhein	3 000,00 Euro

(Quelle: Kultursommer Rheinland-Pfalz.)

25. *Welche darüber hinausgehenden Kultur- und Bildungsveranstaltungen jüdischer Gemeinden oder anderer jüdisch-deutscher Initiativen sind der Landesregierung bekannt?*

Die jüdischen Gemeinden bieten regelmäßig Konzerte, Lesungen, Vorträge und Ausstellungen an. In der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz sind über 50 Mitgliedsorganisationen versammelt, die sich mit deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Fragestellungen in Geschichte und Gegenwart beschäftigen.<sup>1)</sup> Jede dieser Initiativen bietet in unterschiedlicher Intensität und Häufigkeit Kultur- und Bildungsveranstaltungen an. Eine genaue Anzahl lässt sich nicht benennen, weil die Veranstalter hierüber keine Statistiken führen.

Die Landesstiftung „Villa Musica“ kooperiert mit der jüdischen Kultusgemeinde Mainz. In der Regel findet ein gemeinsames Konzert pro Jahr statt.

Der Landesregierung ist bekannt, dass der Förderverein „Synagoge Mainz-Weisenau e. V.“ Kulturveranstaltungen in der Synagoge durchführt. Eine Förderung dieser Veranstaltungen durch das Land erfolgt nicht.

1) <http://www.lagrlp.de/index.php/mitglieder>

26. *Sind im Rahmen der Schulpflicht und bestehender Lehrpläne Besuche von Synagogen und jüdischen Kulturveranstaltungen feste Unterrichtsbestandteile? Wie sehen diese Vorgaben gegebenenfalls im Einzelnen aus?*

In den folgenden Lehrplänen für den Unterricht in den Sekundarstufen I und II finden sich Vorschläge zum Besuch einer Synagoge:

- Im Lehrplan für evangelischen Religionsunterricht in der Orientierungsstufe im Modul „Land und Leute zur Zeit Jesu“;
- im Lehrplan für evangelischen Religionsunterricht der S I im Modul „Monotheistische Religionen – Glauben und Leben“, Jahrgangsstufen 7 und 8;
- im Lehrplan für evangelischen Religionsunterricht in der gymnasialen Oberstufe, der auch für das berufliche Gymnasium gültig ist, im Modul „Die Mischung macht’s? – Begegnung von und mit Religion“;
- im Lehrplan für katholischen Religionsunterricht in der S I als allgemeiner Hinweis bei der Behandlung von Unterrichtsthemen. In der Handreichung zur Umsetzung des Lehrplans wird für das Lehrplanmodul „Leben mit anderen Religionen: Was die abrahamitischen Religionen verbindet“, Jahrgangsstufe 6 ein Unterrichtsgang in eine Synagoge angeregt;
- im Lehrplan für den islamischen Religionsunterricht in der S I für die Jahrgangsstufen 7 und 8 im Modul „Meine Religion, andere Religionen – Der Islam im Dialog mit Judentum und Christentum“. Darüber hinaus wird in diesem Lehrplan der noch weiterführende Vorschlag gemacht, eine Kooperation u. a. mit einer Synagoge einzugehen;
- im Lehrplan für Ethik in der S I für die Jahrgangsstufen 7 und 8 im Erfahrungsfeld: „Multikulturelle Gesellschaft“;
- die Lehrpläne für den zieldifferenten Religionsunterricht an Förderschulen sehen die Auseinandersetzung mit anderen Religionen vor; dies wird alters- und behindertengemäß aufbereitet und ausgestaltet. Besuche von Synagogen und jüdischen Kulturveranstaltungen sind nicht vorgegeben;
- in den Teilrahmenplänen Ethik, Katholische Religion und Evangelische Religion im Bereich der Grundschulen wird unter der Konkretisierung und den exemplarischen Beispielen oder Anregungen auch der Besuch einer Synagoge genannt.

Weitere Anregungen, bei der unterrichtlichen Gestaltung auch Synagogen zu besuchen, werden in der im Monat November 2018 geplanten Fachtagung des Pädagogischen Landesinstituts zum Thema „Jüdisches Erbe am Rhein, Begegnung mit SchUM und der lebendigen jüdischen Tradition in der Unterrichtspraxis“ gegeben.

27. *Wie genau wurde im Rahmen des diesjährigen Rheinland-Pfalz-Tages in Worms vom 1. bis 3. Juni an das in dieser SchUM-Stadt besonders reichhaltige jüdische Erbe erinnert (bitte hier auch die Sichtbarmachung im Rahmen des Festumzuges am 3. Juni berücksichtigen)?*

Der Ministerrat hat sich in seiner Sitzung am 1. Juni 2018 in Worms anlässlich des Landesfestes mit dem aktuellen Sachstand des geplanten SchUM-Welterbeantrags beschäftigt. In die Welterbeliste werden gemäß der Welterbe-Konvention nur Stätten aufgenommen, die einen außergewöhnlichen universellen Wert aufweisen und damit über nationale Grenzen hinweg eine herausragende Bedeutung für die Menschheit besitzen. Die drei SchUM-Städte Mainz, Speyer und Worms haben mit ihren wegweisenden Monumenten und Traditionen das Judentum geprägt und in Mittel- und Osteuropa über Jahrhunderte maßgeblich beeinflusst. Hier entstanden neue Synagogentypen, die ersten Frauensynagogen nördlich der Alpen, monumentale Mikwen und eine eigene Bestattungskultur. Mit berühmten Gelehrten wie Raschi, Maharam und Maharil ist SchUM zur Wiege des aschkenasischen Judentums geworden.

Im Mittelalter genoss die jüdische Gemeinde Worms als „Klein-Jerusalem am Rhein“ ein hohes Ansehen im ganzen westeuropäischen Raum. Bis heute verfügt Worms in der jüdischen Welt über eine erhebliche Ausstrahlung und große Bekanntheit, denn in kaum einer anderen europäischen Stadt kann man so viele bedeutende bauliche Zeugnisse jüdischer Geschichte und Tradition bestaunen. Entsprechend war das Jüdische Museum im Raschi-Haus auch im Programmheft zum Rheinland-Pfalz-Tag vertreten: Im Synagogengarten war die Ausstellung „SchUM – fotografisch interpretiert“ zu sehen. Damit wurde auf den Welterbeantrag der SchUM-Städte Mainz, Speyer und Worms verwiesen, die auf diese Weise gemeinsam mit den Jüdischen Gemeinden und dem Land Rheinland-Pfalz die Bedeutung der mittelalterlichen jüdischen Tradition am Rhein für das religiöse und kulturelle Welterbe vermitteln. Die Jüdische Gemeinde hat zudem am Veranstaltungssonntag zu einem öffentlichen Gottesdienst mit Kantor in die Synagoge eingeladen.

Die jüdische Kultusgemeinde war beim Festumzug anlässlich des Rheinland-Pfalz-Tages in Worms nicht vertreten.

28. *Gibt es seitens der Landesregierung Pläne oder Aktivitäten, jüdische Alltags- und Musikkultur, etwa die Verbreitung der Klezmer-Musik, zu fördern?*

Der Beauftragte für jüdisches Leben hat sich dieser Aufgabe bereits angenommen.

29. *Welche Einrichtungen des Staates Israel existieren in Rheinland-Pfalz?*

Nach Kenntnis der Landesregierung gibt es in Rheinland-Pfalz keine Einrichtungen des Staates Israel.



## 30. Gibt es einen organisierten regelmäßigen Schüleraustausch zwischen israelischen und rheinland-pfälzischen Schulen?

Aktuell bestehen zehn Schulpartnerschaften zwischen Schulen in Rheinland-Pfalz und in Israel.

Schule	Partnerschule
GY Geschwister-Scholl Ludwigshafen	Schule im Sapir College in Scha'ar HaNegev
GY Koblenz Cusanus	Ben Gurion High School in Petah Tikva
GY Mainz Maria Ward	Leo Baeck School in Haifa
GY Mainz Maria Ward	Schmidt-Schule Ost-Jerusalem
GY Mainz Willigis	Leo Baeck School in Haifa
GY Otto Schott Mainz	Hebrew Reali School in Haifa
GY Saarburg	Sisters of Saint Joseph Highschool in Nazareth
GY Speyer am Kaiserdom	Ginsburg Highschool – Alon in Yavne
GY Speyer Nikolaus-von-Weis	Ginsburg Highschool – Haoren in Yavne
IGS Neuwied	AmiAsaf Schule in Drom Hasheron

## 31. Gibt es speziellen rheinland-pfälzisch/israelischen Kulturaustausch und fördert die Landesregierung diesen?

## 32. Welche rheinland-pfälzischen Austauschprogramme mit Israel bestehen allgemein? In welchem Umfang werden sie durchgeführt?

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz unterstützt seit mehr als zwei Jahrzehnten die Institution „Givat Haviva“, die sich u. a. für die Verständigung zwischen den jüdischen und den arabischen Bevölkerungsteilen einsetzt. Der Besuch dieser Friedensinitiative war auch Programmbestandteil während der Delegationsreise von Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Rahmen ihrer Bundesratspräsidentschaft im Oktober 2017. Givat Haviva bringt in verschiedenen Projekten Jugendliche aus Deutschland (auch aus Rheinland-Pfalz) und Israel zusammen.

Darüber hinaus führen das rheinland-pfälzische Bildungsministerium sowie das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur insbesondere im Bildungs- und Hochschulbereich Austauschprogramme durch. So kooperieren beispielsweise die Johannes Gutenberg-Universität Mainz und das High-Tech Optical der Universität Be'er Sheva sowie die Universität Koblenz-Landau mit der Forschungsstation Gilat in gemeinsamen Forschungsprojekten.

Im März 2016 unterzeichneten Ministerpräsidentin Malu Dreyer und der damalige israelische Botschafter Yakov Hadas-Handelman eine Bildungsvereinbarung. Ziel ist hierbei die Intensivierung der Beziehungen im Bildungsbereich und die engere Zusammenarbeit in der schulischen Bildung, dem Schüler- und Studierendenaustausch, bei der Lehrkräftefortbildung sowie in der Gedenkstättenpädagogik. Hieraus ergab sich auch die Reise von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig vom 26. bis 31. Mai 2018 im Rahmen der Kultusministerkonferenz nach Israel. Schwerpunkt der Reise war neben den politischen Gesprächen die Unterzeichnung einer Absichtserklärung mit Bildungsminister Naftali Bennet und dem Direktor Avner Shalev von Yad Vashem zu Fortbildungen für rheinland-pfälzische Lehrkräfte, Förderung der SchUM-Städte, Gedenkstättenpädagogik und Entwicklung eines Multiplikatoren-Netzwerks.

Bereits seit 2014 unterhält die Hochschule der Polizei einen Austausch mit der Kinder- und Jugend-Aliyah, insbesondere mit dem Jugenddorf Nir Ha'emek, in dem sich Kinder und Jugendliche auf einen Beruf im Militär oder der Polizei vorbereiten. Jährlich besucht im Juli/August eine Gruppe von circa 12 Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren mit ihren Betreuern für eine Woche die Polizei des Landes. Neben allgemeinen Informationen zu Organisation und Ausbildung lernen sie verschiedene Organisationseinheiten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der luxemburgischen Polizei kennen. Umgekehrt ermöglichen sie einen Einblick in die Organisationsstruktur der israelischen Polizei und überhaupt in die jüdische Kultur und Lebensweise. Beim Besuch 2018 kam erstmalig der neu eingesetzte rheinland-pfälzische Beauftragte für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen mit den Gästen zusammen.

Vom 29. Mai 2016 bis 5. Juni 2016 konnten erstmals neun Absolventinnen und Absolventen des Bachelor-Studiengangs an der Hochschule der Polizei, begleitet von einem Dozenten, das Jugenddorf Nir Ha'emek und die alltägliche Arbeit der israelischen Polizei kennenlernen. Zusammen mit einer sächsischen Delegation – die Kinder und Jugend-Aliyah unterhält Beziehungen auch zur Polizei Sachsens und Hessens – besuchten sie die 2013 eröffnete Polizeiakademie in Beit Shemesh. Selbstverständlich erhielten sie während ihres Aufenthaltes auch Einblicke in die Kultur und Geschichte Israels. Nach 2017 reist auch 2018 eine Gruppe der Hochschule der Polizei nach Israel. Die Leitung der Hochschule honoriert mit der Möglichkeit der Teilnahme ein besonderes soziales Engagement von Absolventinnen und Absolventen während ihres Studiums.

## 33. Wie viele Städte- oder Gemeindepartnerschaften mit israelischen Kommunen gibt es in Rheinland-Pfalz und welche sind das konkret?

Die der Landesregierung bekannten Partnerschaften und freundschaftlichen Beziehungen zwischen rheinland-pfälzischen und israelischen Kommunen sind der Anlage 2 zu entnehmen.

34. *In welcher Form unterhält die Landesregierung Beziehungen zum Staat Israel?*

Auf die Antwort zu Frage 32 wird verwiesen.

Darüber hinaus finden regelmäßig Antrittsbesuche und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des diplomatischen Korps mit Mitgliedern der Landesregierung statt. So empfing Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer am 22. Mai 2018 die israelische Generalkonsulin Sandra Simovich zu ihrem Antrittsbesuch in der Staatskanzlei.

In der Funktion als Präsidentin des Bundesrates reiste Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Oktober 2017 nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. Während ihrer Reise traf sie mit Staatspräsident Reuven Rivlin und Premierminister Benjamin Netanjahu sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern der israelischen Regierung (sowie der Palästinensischen Autonomiebehörde) zu Gesprächen zusammen.

Vom 30. August 2015 bis 4. September 2015 besuchte Staatsminister Lewentz Israel und die Palästinensischen Gebiete.

Auf Einladung des israelischen Generalkonsulats in München nahmen zwei Mitarbeiter der rheinland-pfälzischen Polizei im November 2016 an einer internationalen Konferenz zu Homeland Security & Cyber Crime in Tel Aviv teil.

Im Juli 2018 lud die Leitung der Hochschule der Polizei einen israelischen Experten, den früheren Leiter der Polizeiakademie, zu zwei Vorlesungen im Rahmen der Ringvorlesung „Lebensbedrohliche Einsatzlagen (LeBEI)“ ein.

35. *In welchem Umfang und auf welche Weise informiert die Landesregierung – über Austauschprogramme hinaus – die Bürger des Landes über den Staat Israel, seine Bewohner und sein politisches System?*

Die Beschäftigung und die Information mit dem und über den Staat Israel gehören seit vielen Jahren zum Markenkern der Landeszentrale für Politische Bildung (LpB). Um ein breites Publikum für dieses Themenfeld zu interessieren, bedient sie sich verschiedener Veranstaltungsformen und -methoden: Von der klassischen Publikation über die Organisation von Begegnungen, Studienreisen, Gesprächsforen und Vorträgen. In den seit 2008 vorliegenden elektronischen und auf der Homepage der LpB einzusehenden Jahresberichten werden auch die das Thema Israel betreffenden Veranstaltungen beschrieben.<sup>2)</sup> Zu den Angeboten des Jahres 2017 zählten neben der Studienreise nach Israel auch zwei Vorträge zum Sechstagekrieg 1967 und dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Schon viele Jahre besteht eine gelungene Kooperation zwischen der LpB und Givat Haviva. Givat Haviva Deutschland e. V. unterstützt hierbei die Bildungs- und Begegnungsstätte Givat Haviva in Israel. Dazu initiiert die Organisation u. a. Kennenlern- und Dialogprozesse zwischen jüdischen und arabischen Jugendlichen.

Die Landeszentrale bietet mit ihren Studienreisen interessierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die Möglichkeit, Israel und die Palästinensischen Gebiete sowie die jeweiligen politischen, gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Strukturen aus unmittelbarer Anschauung und Gespräche mit wichtigen Vertretern kennenzulernen. Ein Ziel ist dabei, vorhandene Vorurteile in Bezug auf die Konfliktparteien des israelisch-palästinensischen Konflikts aufzubrechen. Ein anderes Ziel ist, Einblicke in die gesellschaftliche Realität neben oder unterhalb des Konflikts zu vermitteln.

Der Schwerpunkt der Reisen 2014 und 2015 lag auf dem Austausch mit Organisationen und Einrichtungen, die sich aktiv für Frieden und Verständigung im Land Israel einsetzen. Die Studienreise im Jahr 2016 hatte als Schwerpunktthema „Wasser- und Energieprobleme im israelisch-palästinensischen Konflikt – Friedenschance oder Kriegsursache?“. Besondere Schwerpunkte der Studienreise 2017, die erstmals in Kooperation mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Mainz angeboten wurde, waren die rheinland-pfälzischen Städtepartnerschaften der SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz sowie das besondere Verhältnis von Religion und Politik. Durch Vorträge und Gesprächsrunden konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Einblick in die komplexe gesellschaftliche Situation gewinnen und zugleich die ermutigende Arbeit der vielen, sich vor Ort für Frieden und Toleranz einsetzenden Personen kennenlernen. Die Studienreise 2018 hat das wirtschaftliche Geschehen in Israel als Schwerpunktthema.

Auch die Staatskanzlei informiert anlassbezogen im Kontext von Veranstaltungen und Delegationsreisen die Teilnehmer über den Staat Israel, seine Bewohner und sein politisches System, zum Beispiel während der Delegationsreise von Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer nach Israel und die Palästinensischen Gebiete im Oktober 2017. Darüber hinaus fand im Mai 2018 im Festsaal der Staatskanzlei die Vor-Premiere der Dokumentation „Kinder des Exodus – Geburtsort Unterwegs“ mit anschließender Diskussionsrunde statt. Im Februar 2016 referierte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz zum Thema „Deutschland, Israel und die Umbrüche im Nahen Osten“. Ministerpräsidentin Malu Dreyer nahm hierbei an der anschließenden Gesprächsrunde teil.

36. *Welche Mitglieder oder Vertreter der Landesregierung haben an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel teilgenommen (bitte Orte und Daten der Jubiläumsveranstaltungen nennen sowie die Namen etwaiger offizieller rheinland-pfälzischer Repräsentanten)?*

Am 26. April 2018 fand im Jüdischen Gemeindezentrum in Kaiserslautern eine Feierstunde zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel statt. Auf Einladung der jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz nahmen Herr Dieter Burgard, damals designierter Beauftragter für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen, und Herr Bernhard Kukatzki, Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz, an der Veranstaltung teil.

2) <https://politische-bildung-rlp.de/wir-ueber-uns/jahresberichte.html>

Am 11. Juni 2018 fand im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel in der Staatlichen Weinbaudomäne Oppenheim ein Empfang von Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Beisein der israelischen Generalkonsulin Sandra Simovich statt. Als Mitglieder der Landesregierung waren die Ministerin für Bildung, Frau Dr. Stefanie Hubig, sowie der Minister der Justiz, Herr Herbert Mertin, anwesend. Darüber hinaus nahm der Beauftragte für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen, Herr Dieter Burgard, an dem Empfang teil.

Herr Burgard nahm darüber hinaus an folgenden Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel teil: am 3. Mai 2018 im Rathaus Frankfurt auf Einladung des Oberbürgermeisters und der israelischen Generalkonsulin; am 16. Mai 2018 in der Synagoge Mainz im Rahmen des Israel-Tags der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Jüdischen Gemeinde Mainz; am 17. Juni 2018 in der Synagoge Mainz (Konzert) und am 19. Juni 2018 in München auf Einladung der israelischen Generalkonsulin.

*37. Hält die Landesregierung die von israelischer Seite stark kritisierte, 2015 von der EU-Kommission in Brüssel erlassene Kennzeichnungspflicht für sogenannte Siedlerprodukte (Obst, Gemüse und Kosmetika aus jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten) für sinnvoll? Wenn ja, warum? Wird diese Kennzeichnungspflicht in Rheinland-Pfalz umgesetzt und kontrolliert?*

Die Verifizierung von Herkunftsangaben aus Drittländern ist für die amtliche Überwachung aufwändig, da hierfür eine schrittweise Rückverfolgung der Lieferdokumente über Groß-, Zwischenhandel und Importeure erforderlich ist. Die für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörden sind gehalten, ihre Ressourcen risikoorientiert einzusetzen. Dies betrifft auch die berechtigten Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher nach korrekten Herkunftsangaben, jedoch stehen für die Landesregierung die Fragen der Lebensmittelsicherheit (z. B. mikrobiologische Kontaminationen oder die Deklaration von Allergenen) im Vordergrund.

*38. Gibt es Initiativen oder Förderprogramme der Landesregierung, welche ausdrücklich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel oder die Gründung von Joint-Ventures mit israelischen Unternehmen unterstützen?*

Es gibt weder Initiativen noch Förderprogramme der Landesregierung im Sinne der Fragestellung.

Prof. Dr. Konrad Wolf  
Staatsminister

## Anlage 1

Denkmal	Ort	Förderung	Jahr
Jüdische Trauerhalle	Mainz	7 158,09 Euro	1999
Grabmal „Mannheimer“	Worms	1 278,23 Euro	1999
Jüdische Trauerhalle	Worms	15 338,76 Euro	2000
ehemalige Synagoge	Weisenheim am Berg	1 022,58 Euro	2000
Synagoge	Speyer	15 338,76 Euro	2001
Jüdische Trauerhalle	Worms	20 451,68 Euro	2001
ehemalige Synagoge	Odenbach	12 782,30 Euro	2001
ehemalige Synagoge	Bad Sobernheim	15 340,00 Euro	2002
ehemalige Synagoge	Zell	30 000,00 Euro	2002
Synagoge	Mainz-Weisenau	6 000,00 Euro	2002
ehemalige Synagoge	Zell	19 120,00 Euro	2003
ehemalige Synagoge	Bendorf	3 500,00 Euro	2003
Jüdische Trauerhalle	Worms	20 000,00 Euro	2003
ehem. Synagoge Ediger	Ediger-Eller	3 848,00 Euro	2004
Jüdische Trauerhalle	Mainz	61 961,00 Euro	2005
Jüdische Trauerhalle	Mainz	81 750,00 Euro	2005
Jüdische Trauerhalle	Mainz	18 250,00 Euro	2005
Jüdische Trauerhalle	Worms	15 000,00 Euro	2005
Jüdische Trauerhalle	Worms	5 000,00 Euro	2005
Synagoge	Münstermaifeld	1 600,00 Euro	2005
ehemalige Synagoge	Bruttig-Fankel	123 000,00 Euro	2005
Jüdische Trauerhalle	Mainz	50 000,00 Euro	2006
Jüdische Trauerhalle	Mainz	50 000,00 Euro	2006
Jüdische Trauerhalle	Mainz	6 960,00 Euro	2006
ehem. Synagoge	Bruttig-Fankel	68 000,00 Euro	2006
Jüdische Trauerhalle	Mainz	80 000,00 Euro	2007
ehem. Synagoge/Rabbinerhaus	Beilstein	48 000,00 Euro	2007
Jüdische Trauerhalle	Mainz	60 000,00 Euro	2008
Jüdische Trauerhalle	Mainz	82 000,00 Euro	2009
Jüdische Trauerhalle	Mainz	33 000,00 Euro	2009
Jüdische Trauerhalle	Mainz-Zahlbach	21 000,00 Euro	2010
Synagoge Worms – Mikwe	Worms	11 500,00 Euro	2016
Synagoge Worms – Mikwe	Worms	11 000,00 Euro	2017

## Anlage 2

Partnerschaftskommune Rheinland-Pfalz	Partnerschaftskommune Israel	Partnerschaft seit (Datum der Partnerschaftsurkunde)
Große kreisangehörige Stadt Andernach	Dimona	28.10.1975
Große kreisangehörige Stadt Neuwied	Drom Hasheron	29.04.1987
Kreisfreie Stadt Koblenz	Petah Tikva	11.06.2000
Kreisfreie Stadt Mainz	Haifa	30.03.1987
Kreisfreie Stadt Speyer	Yavne	28.02.1998
Kreisfreie Stadt Worms	Tiberias	03.11.1986
Landkreis Bad Kreuznach	Kiryat Motzkin (Stadt)	21.03.1969

(Stand: 1. August 2018)

Zwischen der verbandsfreien Gemeinde Limburgerhof und der israelischen Kommune Kibbuz Or HaNer bestehen seit dem Jahr 1970 freundschaftliche Beziehungen. Eine offizielle kommunale Partnerschaft – durch gegenseitige Zeichnung und Aushändigung einer Partnerschaftsurkunde – wurde nicht begründet.

